

**14. Sitzung des Gemeinderates vom 20.11.2006 - 21.11.2006 (2. Sitzungstag vom 21.11.2006)**  
**Aktenzahl 04629-2006/0001-GFW (Budget-Voranschlag)**  
**Betreff Voranschlag 2007, Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr**

GR Siegi **Lindenmayer** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben bei der heutigen Geschäftsgruppe sogar über Eurofighter gesprochen, ich möchte mich aber auf jene Magistratsabteilungen beschränken, von denen noch nicht die Rede war. Ich möchte bei der MA 14 beginnen, bei der in der Vergangenheit der Schwerpunkt eher bei Ablaufoptimierungen und bei der Einführung neuer Technologien lag. Zukünftig geht es um Bereiche, die ohne Technik im Hintergrund überhaupt nicht funktionieren würden, wie etwa das E-Government, aber auch um ganz neue Leistungen für Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Die EDV nimmt man im Allgemeinen nur dann wahr, wenn es – wenn auch selten – eine Störung gibt oder wenn man als Abteilungsleiter die Rechnung für die EDV erhält. Die MA 14 lässt ihre Angebotspalette daher regelmäßig Benchmarks unterziehen und liegt dabei ebenso regelmäßig preislich unter Vergleichsfirmen – ganz egal, ob es solche aus der freien Wirtschaft oder solche aus dem Bereich anderer öffentlicher Verwaltungen sind.

Im Jahr 2007 wird der elektronische Akt weiter ausgebaut, in Planung dafür befinden sich 15 weitere Abteilungen dieses Hauses. Der Produktstart für SAP-neu wird im Jahr 2007 für den magistratsweiten Rollout vorbereitet werden, und weiters werden Verfahren zur Verwendung der Bürgercard sowie der sicheren elektronischen Zustellung von Bescheiden erarbeitet, sodass alle kundenrelevanten Geschäftsprozesse für das virtuelle Amt vorbereitet sind – und das alles ist selbstverständlich auch barrierefrei zugänglich.

Wien nimmt europaweit eine Spitzenstellung bei der Nutzung behördlicher Dienstleistungen über das Internet ein. Man kann beispielsweise im virtuellen Amt um das Parkpickerl ansuchen, man kann Staatsbürgerschaftsnachweise oder Heiratsurkunden bestellen oder man kann einen Termin am Bezirksamt für den neuen Reisepass fixieren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Das Angebot reicht von Ausschreibungen für aktuelle Projekte und Bauvorhaben bis über Diskussionsforen, aber auch zu Live-Übertragungen von Gemeinderats- und Landtagssitzungen, so wie das gestern, heute und morgen der Fall ist. Online kann man Wahlkarten genauso anfordern wie die Gewerbeberechtigung.

Im Jahr 2007 wird es zur Fortführung und Forcierung des vor zwei Jahren begonnen Einsatzes von Open-Source-Software kommen – Stichwort WIENUX. WIENUX ist ja abgeleitet vom Fachbegriff Linux. Spezielle Anwendungen werden vermutlich immer nur über Windows laufen, aber für Büro und Verwaltungsaufgaben besteht ein großes Einsparungspotenzial, das weiß sicherlich auch jeder private Anwender, der sich schon mal erkundigt hat, was das nächste Microsoft-Betriebssystem kosten wird: Unter 400 EUR für das Einzelstück ist da gar nichts zu machen.

Darüber hinaus ist auch eine gewisse Herstellerunabhängigkeit von strategischer Bedeutung für eine Großstadt. Interessant und schmeichelhaft ist in diesem Zusammenhang, dass Microsoft für das übernächste Betriebssystem, das derzeit erarbeitet wird, intern den Codenamen „Vienna“ verwendet. Das geschieht möglicherweise gerade deshalb oder trotzdem sie wissen, dass Wien eine führende Rolle bei der Open-Source-Software der Stadtverwaltungen einnimmt. Und das ist eine Konkurrenz für Microsoft, die natürlich möglichst viel Geld damit machen möchte.

Der Stadt Wien ist es auch ein Anliegen, allen Wienerinnen und Wienern einen möglichst breiten Zugang zu den neuen Kommunikationstechnologien zu bieten. So steht beispielsweise „wien.at“, also das gesamte Internetangebot der Stadt, in allen neuen Telefonzellen – diesen Multimediastations – gratis zur Verfügung. Darüber hinaus kann es auch an über 200 Orten in Wien über Wireless-LAN-Hotspots abgerufen werden. Es ist also allen kostengünstig oder kostenfrei zugänglich.

Elektronisch bezahlen, Routensuche im Internet, Personendatenverwaltung, Melde- und Fundwesen, Schulvernetzung und vieles mehr wird von der MA 14 geleistet. Dies geht im Gegensatz zu vielen anderen Großstädten nur deshalb so reibungslos und kostengünstig, aber auch im Sinne des Datenschutzes verantwortungsvoll und sicher, weil es vom Magistrat selbst und innerhalb des Magistrats geleistet wird. Die MA 14 bietet Sachkompetenz durch die Kenntnisse der Verwaltungsabläufe in der Stadt und gleichzeitig fundierte EDV-Kompetenz und auch Know-how über die neuesten Entwicklungen auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Sehr geehrte Damen und Herren, da zeigt sich wieder deutlich: Sozialdemokratische Technologiepolitik ist zukunftsichere Technologiepolitik.

Ich komme nun zur MA 19 und möchte mich da schwerpunktmäßig mit dem Projekt „Neuinterpretation des öffentlichen Raumes“ beschäftigen. Dabei handelt es sich es um ein abgestimmtes Strategiekonzept für die kurz-, mittel-, und langfristige Entwicklung des öffentlichen Raumes, basierend auf einer umfangreichen Grundlagenermittlung. Vereinfacht gesagt, handelt es sich um die Darstellung von Defiziten und Bedürfnissen im so genannten öffentlichen Raum in einem bestimmten Gebiet, dem räumlichen Potenzial in demselben Gebiet

gegenübergestellt. Fertiggestellt sind die Bezirke drei bis zehn, und in Bearbeitung ist Ottakring.

Zu erwähnen ist vielleicht nur, dass eine besonders originelle Einschränkung der räumlichen Potenziale die Bezirksvorsteherin des 1. Bezirks vollzieht. Diese versteht unter Neuinterpretation des öffentlichen Raumes nicht Kommunikationszonen sondern eher Respektzonen – Parks werden zugesperrt und Ähnliches.

Bevor ich jetzt weiter über den öffentlichen Raum rede, möchte ich einen Einschub zur Lokalen Agenda 21 machen. Diese gehört nicht zur MA 19, aber auch zu unserer Geschäftsgruppe. Erst vor Kurzem, vor rund vier Wochen, haben wir hier im Haus die Finanzmittel für die Möglichkeit der Fortsetzung der bisherigen acht Bezirke – Landstraße, Wieden, Margareten, Neubau, Alsergrund, Rudolfsheim-Fünfhaus, Donaustadt und Liesing – für weitere zwei Jahre beschlossen. Die Bevölkerung hat im Rahmen der Lokalen Agenda 21 die Möglichkeit, Initiativen für eine nachhaltige Politik und Entwicklung zu setzen, gut angenommen. Es gibt kurzfristige Projekte, die bereits wieder abgeschlossen sind, und zahlreiche Projekte, die laufen. Derzeit sind es etwa 70 Projekte, bei denen 1 000 Personen mitarbeiten. In anderen Großstädten liegt der Schwerpunkt der Lokalen Agenda 21 bei Umweltthemen. Diese sind aber in Wien bereits seit Langem gut im Klimaschutzprogramm und anderen Umweltprojekten aufgehoben.

Das bedeutet, dass im Wiener Modell der Lokalen Agenda 21 der Schwerpunkt auf einem ökologischen, ökonomischen und vor allem sozialen Gleichgewicht der Angelegenheiten liegt. Es ist ein Gleichgewicht des Arbeitens an einer gesunden Umwelt, eines ressourcenschonenden Wirtschaftens und einer gerechten sozialen Entwicklung.

Möglichst viele Menschen sollen sich an diesem Prozess beteiligen, so entwickelt sich in allen Bezirksgrätzeln mehr Lebens-, Wohn- und Arbeitsqualität. Daher befasst sich ein Großteil aller dieser Gruppen im Sinne der partizipativen Demokratie mit Projekten zur Gestaltung des öffentlichen Raumes oder zur Verkehrsberuhigung. Damit komme ich dann wieder zurück zur MA 19.

Die Lokale Agenda 21 ist aber natürlich nicht das einzige Instrument der Bürgerbeteiligung in unserer Stadt. Ich möchte an die BürgerInnenmitarbeit beim Klimaschutzprogramm, beim Masterplan Verkehr, beim Strategieplan und auch beim Stadtentwicklungsplan erinnern. In jenen acht Bezirken, die sich dazu auf lokaler Ebene bekannt haben, werden darüber hinaus auch zahlreiche Projekte lokal erarbeitet. Es gibt darüber auch eine intensive Berichterstattung in den diversen Bezirksmedien. Vor vier Wochen habe ich bereits gesagt, dass die Homepage der MA 21 derzeit monatlich knapp 18 000 Besucher aufweist. Das bedeutet und zeigt auch, wie sehr die Bewohnerinnen und Bewohner an diesen Entwicklungen interessiert sind.

In der Agenda 21 sind unterschiedliche Bevölkerungsgruppen aktiv: Jugendliche und Senioren genauso wie Personen mit Migrationshintergrund, aber auch erwerbslose Personen, und vor allem sind Männer und Frauen gleichermaßen in den Gruppen und damit bei der Mitarbeit vertreten – ein wichtiger Beitrag zum Gender Mainstreaming.

Als Beispiel für die gute Vernetzung in der Lokalen Agenda 21 von Bevölkerung, Bezirkspolitik und Verwaltung möchte ich zwei Beispiele aus meinem eigenen Bezirk, dem 9. Bezirk erwähnen – ein abgeschlossenes und ein laufendes. Das abgeschlossene, bei dem die MA 29 eine wichtige Rolle gespielt hat, ist die Neugestaltung der Thurnstiege – das lasse ich aber jetzt angesichts der fortgeschrittenen Zeit weg.

Das zweite Projekt – hier schließt sich der Kreis zur MA 19 – ist das Projekt „Neuinterpretation des öffentlichen Raumes“. Im Jahr 2003 wurde die Studie im Auftrag der MA 19 für den Alsergrund fertiggestellt. Es wurden Ziele und Maßnahmen aufgelistet, um dem Bezirk eine Entscheidungshilfe für die zukünftige Entwicklung zu geben: Potenziale für Aufenthaltsräume und Ähnliches wurden gesucht – Parks, Spiel- und Sportplätze und Veranstaltungsflächen gehören dazu. Es wurden auch die so genannten Transiträume aufgelistet, also Räume der Mobilität zu Fuß, per Rad, per Öffis oder per Auto. Dann wurden die möglichen Verbindungsstellen ermittelt, und – das ist das Wesentliche im Zusammenhang mit der Lokalen Agenda 21 – das wurde nicht nur gemeinsam mit der Bezirksvorsteherung erarbeitet, die Lokale Agenda 21 war bei allen Sitzungen der Bezirksentwicklungskommission vertreten. So konnten in enger Zusammenarbeit die Wünsche der Bevölkerung, anderer Interessensvertretungen und der lokalen Politik koordiniert werden.

Ich halte das für ein gutes Beispiel für die optimale Zusammenarbeit. Es zeigt sich, dass sozialdemokratische Stadtentwicklungspolitik zukunftsorientierte und auch nachhaltige Stadtentwicklungspolitik ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich habe nur mehr drei Minuten zu sprechen, und es gibt noch so viel zu erzählen. Ich komme daher zur MA 29. Geplant für das Jahr 2007 im Rahmen der MA 29 sind Um- und Rückbauten beziehungsweise Stilllegungen der nicht mehr zeitgemäßen Unterführungen beim Praterstern – also alles Beseitigungen von objektiven und subjektiven Angsträumen im Sinne des Gender Mainstreamings. Die Wiener Linien werden in Zusammenarbeit mit der MA 29 möglichst alle Lifтанlagen der U-Bahn-Station bis an die Oberfläche führen, am Margaretengürtel wird eine neue Lärmschutzwand errichtet und in Simmering wird die Gleisharfe Kledering neu gebaut. Neue Brücken und Stege über die Liesing werden errichtet, bei der Floridsdorfer Brücke wird ein Sicherheitsprogramm zur Sicherung und Beseitigung von Angsträumen durchgeführt.

Erwähnt wurde bei der MA 29 bereits der „Skywalk Spittelau“ im Zusammenhang mit der überregionalen

Radwegeverbindung. Ich möchte darauf hinweisen, dass dieser aus mehrfacher Sicht richtungsweisend ist: Er wird in höchster architektonischer Qualität errichtet, einerseits, um im Otto-Wagner-Ensemble bestehen zu können und andererseits, um harmonisch zum U4/U6-Stationsbauwerk zu passen, aber vor allem zu dem neuen Bürokomplex „Skyline“, der von Frau Architektin Tillner geplant ist.

Die Verbesserung für Fußgänger und Radfahrer hat Kollege Hora schon erwähnt. Und die MA 29 wird auch auf den ehemaligen Stadtbahnbögen von der U4-Station Spittelau bis hinunter zum Treppelweg ebenfalls eine Fuß- und Radwegeverbindung schaffen.

Die letzte Minute möchte ich der MA 41 widmen, der Stadtvermessung. Das ist ebenfalls eine Magistratsabteilung, die nicht so bekannt ist. Sie ist zuständig für alles, was mit Plänen oder Luftbildfotos zusammenhängt. Im Jahr 2007 wird es den Schwerpunkt der Hilfestellung beim Einsatz von Geräten zur GPS-unterstützten mobilen Datenerfassung für schnellen und flexiblen Einsatz geben. Zum laufenden Geschäft der MA 41 gehört die regelmäßige Aktualisierung der Mehrzweckkarte und der Aufbau von dreidimensionalen Informationen über den Grünbestand und weitere Detaillierung des 3-D-Stadtmodells. Das wird unter anderem für Ausbreitungsmodelle von Lärm oder Schadstoffen oder zur Analyse von Sichtverbindungen in dieser Stadt benötigt, und ist daher für die Stadtplanung immens wichtig.

Die MA 41 bietet auch Unterstützung der Stadtarchäologie bei Großbaustellen bei Vermessungen: Einerseits soll das archäologisch Interessante vermessen werden, andererseits soll aus Kostengründen der Baufortschritt nicht zu lange beeinträchtigt sein.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sozialdemokratische Stadtplanung, Stadtentwicklung und Verkehrspolitik war immer vorausschauende, zukunftsichere und damit nachhaltige Politik. Dass das unverändert auch im Jahr 2007 so sein wird, dafür danke ich unserem Stadtrat, seinem Büro, allen Magistratsabteilungen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Hauses, die Tag und Nacht für die Wienerinnen und Wiener tätig sind.  
*(Beifall bei der SPÖ.)*